# **Protokoll**



**Projekt:** Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt

11. Sanierungsbeiratssitzung 2021

**Besprechung:** 24.11.2021, 18:00 – 21:30 Uhr

virtuelle Kommunikationsplattform "BlueJeans"

Tagesordnung: siehe Einladung

Verteiler: Ständige Mitglieder des Sanierungsbeirats

Herr Schmidt Herr Dr. Kropp Herr Peckskamp Frau Kaden Gäste

Homepage: www.sanierung-südliche-friedrichstadt.de

Tagesordnung	Zuständig/ Termin
<ol> <li>Begrüßung / Sammlung Themen für "Aktuelles"</li> <li>Hauptthemen</li> <li>Projektentwicklung Friedrichstraße 18-19</li> <li>Quartiersprozess zur Entwicklung Block 616</li> <li>Aktuelles         <ul> <li>Entwicklung des Stadtteilzentrums Mehringplatz / F 1</li> <li>Beendigung der Kooperation des Platzgärtners am Mehringplatz</li> <li>Ankündigung Eröffnung Mehringplatz 2022</li> <li>GV-Beschluss FuMMendelssohn-Platz</li> </ul> </li> </ol>	
Die Moderation der Sitzung wird kurzfristig von der asum GmbH übernommen, da der Vertrag mit raumscript ausgelaufen ist und aus haushaltsrechtlich Gründen vom Bezirksamt (bislang) nicht verlängert wurde (Näheres dazu unter "Aktuelles"). Das Protokoll der letzten Sitzung vom 22.09.2021 ist bislang nicht auf der Homepage des Sanierungsgebiets veröffentlicht worden, da noch Abstimmungsbedarf mit der Gebietsvertretung (GV) zur Handhabung der Protokollkontrolle besteht. Stadtkontor schlägt vor, das Protokoll der Sitzung künftig unter Fristsetzung von 14 Tagen an den Sanierungsbeirat zu versenden. Die GV wird gebeten, etwaige Ergänzungen / Korrekturen gebündelt zu übermitteln. Nach Ablauf der Frist wird das (ggf. überarbeitete) Protokoll auf der Homepage veröffentlicht. In der darauffolgenden Sitzung ist bei Bedarf Gelegenheit, noch letzte Anpassungen vorzunehmen. Zum Protokoll vom 22.09.2021 erfolgt eine Klarstellung zu Top 4 / Präsentationen: Präsentationen im Rahmen der Beiratssitzungen sind kurz und prägnant zu halten. Sie sollen lediglich eine Zusammenfassung der Inhalte sowie einen Diskussionsanstoß geben, um anschließend ausreichend Raum für Diskussion einzuräumen.	Stako / zu gg. Zeit GV /
1. Sammlung Themen für "Aktuelles"	
<ul> <li>Baumängel / weitere Nutzung Friedrichstraße 1-3</li> <li>Verkehrsmaßnahmen / Unfallschwerpunkte im Sanierungsgebiet</li> </ul>	

- Infoveranstaltung Kurt-Schumacher-Grundschule / 2. Bauabschnitt
- Nichtfortführung Moderation und Sanierungszeitung in 2022

#### 2. Hauptthemen

### 2.1 Projektentwicklung Friedrichstraße 18-19

Hinweis: Die Gebietsvertretung hatte darum gebeten, die Sozialraumorientierte Planungskoordination(SPK) zu diesem Tagesordnungspunkt einzuladen. Der Fachbereich Stadtplanung erklärt, dass es sich dabei um eine Organisationseinheit innerhalb des Bezirksamtes handelt, die fachämterübergreifende Bedarfe und Maßnahmen bündelt. Da dem Fachbereich die Zielstellung einer Teilnahme unklar war, wurde die SPK zur heutigen Sitzung nicht eingeladen. Bei Bedarf bzw. mit einer konkreten Frage-/ Zielstellung der Gebietsvertretung, kann das zu einem späteren Termin jedoch gerne nachgeholt werden. Wie die Gebietsvertretung klarstellt, geht es ihr darum, eine kompetente Vertretung für soziale Fragen / Belange in die Projektentwicklung einzubinden. Laut Dokumentation der StadtWerkstatt vom 15.09.2021 (siehe Tischvorlage zur Sanierungsbeiratssitzung) ist die SPK anscheinend bereits in den Prozess involviert gewesen. Der Fachbereich sagt zu, die zuständigen Fachämter und Organisationseinheiten zu gegebener Zeit am Prozess zu beteiligen.

FB Stapl / zu gg. Zeit

Die Gruppe Infrastruktur und Städtebauförderung berichtet: Seit zuletzt in der Sitzung des Sanierungsbeirats am 25.08.2021 der Sachstand vorgestellt wurde, sind keine nennenswerten Projektfortschritte zu verzeichnen.

Ein wichtiger Termin in der projektbegleitenden Beteiligung war allerdings die standortbezogene StadtWerkstatt am 15.09.2021, zu der Herr Stadtrat Schmidt eingeladen
hatte und die von LokalBau koordiniert wurde. Auf der Veranstaltung gab es InputVorträge vom Stadtentwicklungsamt, dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
(LAF), dem Planungsbüro AG Urban, dem Friedrichshain-Kreuzberg Museum
(FHXB), dem Schwulen Museum (SMU) und der Bauhütte Kreuzberg e. V. Anschließend wurde an drei Arbeitstischen zu den Themen museale Praxis, Raum für Gemeinwohl und Geflüchtete sowie Kooperationspraxis diskutiert. Ein zentraler Punkt
waren die Chancen und Konflikte des vorgesehenen Nutzungskonzeptes bzw. der
geplanten Baumasse. Zudem ging es insbesondere um die Frage, wann und wie eine
öffentliche Beteiligung an der Projektentwicklung stattfindet. Die Vorgehensweise des
Bezirks war zuletzt kritisiert worden. Die Kritik wurde aufgenommen und wird im weiteren Verfahren berücksichtigt. Weiterhin wurde die Bauhütte als bedeutende Schnittstelle zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft bzw. als zentraler Kooperationspartner vor Ort wahrgenommen.

Eine ausführliche Dokumentation zur StadtWerkstatt findet sich im Internet unter folgendem Link: <a href="https://www.baustelle-gemeinwohl.de/2021/11/stadtwerkstatt-doku-friedrichstr-18-19-kooperativ-entwickeln/">https://www.baustelle-gemeinwohl.de/2021/11/stadtwerkstatt-doku-friedrichstr-18-19-kooperativ-entwickeln/</a>.

Eine Gebietsvertreterin erkundigt sich, ob die Stresemannstraße 38 als Alternativstandort für die in der Friedrichstraße 18-19 vorgesehenen Nutzungen geprüft wurde. Der Fachbereich Stadtplanung informiert, dass die Fläche Teil der wichtigen Grünverbindung zwischen Wilhelm- und Stresemannstraße ist und sich im Fachvermögen des Straßen- und Grünflächenamtes befindet; ein Teil wird derzeit als Hotelparkplatz verpachtet. Eine größere Baumasse lässt sich nach Einschätzung des Fachbereichs hier nicht unterbringen.

Die Gebietsvertretung drängt darauf, im weiteren Prozess ein größeres Augenmerk auf soziale Bedarfe zu legen, die durch das Vorhaben berührt oder generiert werden. Sie fordert, alle betreffenden Stadträt\*innen des dann neu gewählten Bezirksamtes

zum Austausch in den Sanierungsbeirat einzuladen. Die Fachbereichsleitung Stadtplanung unterstützt dieses Ansinnen.

FB Stapl / zu gg. Zeit

Gleichzeitig wird darauf verweisen, dass die tatsächliche Belegung einer Einrichtung mit Geflüchtetenwohnen (Auslastung der Plätze, Zusammensetzung der Bewohnerschaft) durch das LAF in der Regel erst ein halbes Jahr vor Beginn der Nutzung festgelegt wird; eine frühzeitige und genaue Abschätzung daraus resultierender Wohnfolgebedarfe ist deshalb im Vorfeld schwierig.

FB Stapl / zu gg. Zeit

Die Gruppe Infrastruktur und Städtebauförderung wirbt um Vertrauen und verspricht, den Sanierungsbeirat bei Neuigkeiten von sich aus zu informieren. Bevor weitere Prozessschritte eingeleitet werden können, ist jedoch zunächst der Haushalt des Landes Berlin abzuwarten. Im Moment gibt es zwar einen Bezirksamtsbeschluss (BA-Beschluss), aber noch keine Finanzierung zur Umsetzung des Vorhabens.

# 2.2 Quartiersprozess zur Entwicklung Block 616

Herr Stadtrat Schmidt hatte kürzlich einen Partizipationsprozess zur Entwicklung des Blocks 616 (Franz-Klühs-Straße / Friedrichstraße / Friedrich-Stampfer-Straße / Wilhelmstraße) angeregt und dabei exemplarisch auf die PlanBude in Hamburg verwiesen. Diese ist ein prominentes Beispiel für Stadtentwicklung "von unten" ("bottom up"), das heißt die Zivilgesellschaft hat diesen Planungsprozess in verschiedenen Schritten und Beteiligungsformaten aktiv mitgestaltet. Auch wenn das Beispiel nicht direkt übertragbar ist, kann es doch als Ideengeberin für die Südliche Friedrichstadt dienen. Die Stabsstelle Projektkoordination des Stadtentwicklungsamtes gibt einen kurzen Überblick.

Ausgangspunkt der PlanBude waren die Proteste gegen den Verkauf und Abriss der sogenannten "Esso-Häuser" in St. Pauli; der private Investor wollte das Grundstück neu bebauen. Be- und Anwohner\*innen fürchten den Verlust ihres Wohnraumes sowie eine Gentrifizierung des Kiezes. Es gründete sich eine Initiative aus Betroffenen und Unterstützer\*innen (Stadtplaner\*innen, Architekt\*innen, Künstler\*innen etc.), die sich ihr Recht auf Mitbestimmung einforderten. Mit vielfältigen Methoden und Instrumenten wurde die PlanBude Teil des Entwicklungsprozesses, der bis heute nicht abgeschlossen ist (voraussichtlicher Baubeginn: 2022 – red. Nachtrag). Entscheidender Faktor für die bisherigen Erfolge war die Herstellung von Verbindlichkeit. So sind beispielsweise die Beteiligungsergebnisse in den städtebaulichen Vertrag, den die Stadt mit dem Investor geschlossen hat, eingeflossen. Weitere Informationen zur PlanBude gibt es u. a. unter folgendem Link: https://planbude.de/.

Wie der Partizipationsprozess in der Südlichen Friedrichstadt aussehen könnte, ist vom Bezirk noch nicht näher definiert. Die lokalen Gegebenheiten, die Ausgangssituation und die Rahmenbedingungen sind kaum mit dem Hamburger Beispiel vergleichbar. Hinsichtlich des vielfältigen Methodenkoffers und der aufsuchenden Beteiligung vor Ort könnte die Südliche Friedrichstadt gleichwohl von der PlanBude lernen. Eine Gebietsvertreterin gibt den Hinweis, dass es auch bereits gute Beispiele in der Nachbarschaft wie die Plangarage auf dem Dragonerareal gebe.

Aus Sicht der Projektkoordination des Stadtentwicklungsamtes bestehen bei der Konzipierung eines Partizipationsprozesse für den Block 616 insbesondere folgende Herausforderungen: Zunächst wäre die Prozesssteuerung /-begleitung mit einem hohen Ressourcenaufwand verbunden; die Verfügbarkeit von Ressourcen im Bezirk bzw. durch externe Dienstleistende ist noch ungeklärt. Zudem besteht die Gefahr, dass unnötigerweise Doppelstrukturen zu bereits funktionierenden Strukturen (z. B. dem Sanierungsbeirat) entstehen. Weiterhin befinden sich die betreffenden Grundstücke zum Teil in Privateigentum, womit die Einflussmöglichkeiten auf deren Entwicklung

eingeschränkt sind. Schließlich ist zu klären, wie eine Verbindlichkeit zur Umsetzung von Ergebnissen öffentlicher Beteiligung geschaffen werden kann.

Nach Erfahrung einer Gebietsvertreterin ist das Schaffen von Verbindlichkeiten generell intensive politische Arbeit (Diskussion in Gremien, Verschriftlichung von Forderungen, Organisieren von Demonstrationen u. a.). Zudem hätten es Bottom-Up-Initiativen in Berlin schwer, da diese letztendlich doch von "oben" dirigiert würden. Ein Gebietsvertreter erinnert an den IGEMET-Neubau, in dessen Fall die Politik über die Höhe des zu erbringenden Wohnanteils anders entschieden hatte als von der Gebietsvertretung gefordert.

Eine Gebietsvertreterin fragt, wer die Initiator\*innen für den Partizipationsprozess Block 616 wären. Anders als beim o. g. Hamburger Beispiel gäbe es hier keine Hausbesetzter / Aktivisten, die den Prozess anstoßen könnten. Vielmehr gelte es, die überwiegend migrantische Bevölkerung zu erreichen. Eine weitere Gebietsvertreterin stimmt zu: Ohne Protestpotenzial sei es schwierig, etwas zu bewegen.

Nach Auffassung des Fachbereichs Stadtplanung sollten der Bezirk und der Sanierungsbeirat gemeinsam einen Weg suchen, die Entwicklung des Blocks 616 aktiv mitzugestalten. Deshalb sei es auch wünschenswert, die Politik künftig enger in den Sanierungsbeirat einzubinden. Die Gebietsvertretung fordert mehr Informationen / Transparenz seitens des Bezirks, um angemessen mitdiskutieren zu können. Aktuell habe sich eine Beteiligungsmüdigkeit eingestellt, weil Erwartungen wiederholt enttäusch wurden. Dabei bildet die GV eine wichtige Schnittstelle zur Zivilgesellschaft und sollte diese Rolle nach Ansicht des Fachbereichs Stadtplanung auch im Entwicklungsprozess Block 616 bewusst wahrnehmen.

Die Gebietsvertretung möchte wissen, ob es einen konkreten Anlass dafür gibt, den Partizipationsprozess genau jetzt anzustoßen. Die Fachbereichsleitung Stadtplanung erklärt, dass die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) bislang keine Entwicklung ihrer Parkplatzfläche forciert habe, diese nun jedoch entwickeln möchte. Der Bezirk sieht hierbei die Chance, an der Gestaltung einer letzten unbebauten Fläche in der Südlichen Friedrichstadt aktiv mitzuwirken. Eine Gebietsvertreterin mahnt, dass die Wertschöpfung der Grundstücksentwicklung nicht allein beim Investor verbleiben, sondern ein Teil auch in das Gebiet zurückfließen sollte.

Weiterhin plädiert die Gebietsvertretung dafür, den Block 616 im Ganzen sowie in Beziehung zum umliegenden Gebiet zu betrachten. Sie fragt nach, wie der Sachstand beim Grundstück der Parkpalette an der Franz-Klühs-Straße ist. Die im Berliner Baukollegium vorgestellte Planung sei laut der Fachbereichsleitung Stadtplanung grundsätzlich realisierbar. Aufgrund der geringen Grundstückgröße gebe es wenig Spielraum hinsichtlich der Kubaturen, Gestaltungfragen ließen sich hingegen noch diskutieren. Im Rahmen des sanierungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens wird geprüft, ob das Bauvorhaben den Zielen und Zwecken der Sanierung entspricht. Hier ist eine Konkretisierung der sozialen Sanierungsziele für Neubauvorhaben hinsichtlich der Festlegung des Wohnanteils für den Block 616 erforderlich. Weiterführende Inhalte / Interessen müssten bei Bedarf über das Bauplanungsrecht (Stichwort: Bebauungsplan) geregelt werden.

Eine Gebietsvertreterin drängt auf zügiges Handeln. Der Bezirk dürfe nicht erst abwarten, bis der Haushalt beschlossen ist, um dann eine Prozesssteuerung /-begleitung auszuschreiben / zu finanzieren. Gleichzeitig wünscht sie sich externe Expertise, die sie durch den Sanierungsbeauftragten allein nicht abgedeckt sieht. Bislang stehen keine entsprechenden Gelder zur Verfügung und sowohl die Bezirks- als auch die Senatsverwaltung sind vor dem Hintergrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft nur sehr eingeschränkt handlungsfähig.

Wie der Sanierungsbeauftragte zusammenfasst, braucht es zuerst eine Konkretisierung des Verfahrens (Ziele, Themen, Zielgruppen, Methoden, Zeitschiene, Finanzierung etc.); der Bezirk wird hierfür einen Vorschlag unterbreiten. Voraussetzungen für das Gelingen eines solchen Prozesses sind außerdem die Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückeigentümer\*innen, Möglichkeiten der Sicherung der Ergebnisse im B-Plan und städtebaulichen Vertrag sowie der politische Rückhalt für die Umsetzung der Beteiligungsergebnisse. Auch hierzu besteht noch Klärungsbedarf.

BA F-K / zeitnah

#### 3. Aktuelles

#### Baumängel / weitere Nutzung Friedrichstraße 1-3

Das Amt für Soziales berichtet , dass bei Routinekontrollen des Hochbauservice an dem Gebäude Friedrichstraße 1-3 (F 1-3) akute Baumängel im Bereich Brandschutz, Lüftungs- und Trinkwasseranlage festgestellt wurden. Die Mängel werden derzeit durch einen Gutachter eingehend untersucht. Voraussichtlich im Januar 2022 werden erste aussagekräftige Ergebnisse zum Umfang der Schäden und daraus resultierendem Handlungsbedarf vorliegen. Vermutlich werden dann zumindest Teile des Gebäudes so lange nicht weitergenutzt werden können, bis die Baumängel behoben sind. Schlimmstenfalls droht eine Schließung des gesamten Gebäudes. Für die Nutzer\*innen, aber auch für die Fachämter kam diese Nachricht überraschend und löst große Unsicherheiten aus.

Nach der Übertragung des Gebäudes in das Fachvermögen des Amtes für Soziales war man mit der Stiftung Unionhilfswerk Berlin als Interimsträger und den laufenden Gesprächsrunden eigentlich auf einem guten Weg, gemeinsam ein gutes Nutzungskonzept für die Zukunft des Stadtteilzentrums zu entwickeln. Umso bedauerlicher ist die nun gänzlich ungewisse Perspektive des Hauses. Bis die Ergebnisse des Gutachtens vorliegen, wird das Amt für Soziales deshalb nur kurzfristige Mietverträge abschließen können. Der Kreuzberger Musikalische Aktion e. V. (KMA) zeigt sich bestürzt angesichts dieser Entwicklungen und fürchtet, dass der Bezirk bald kein Geld mehr für elementare soziale Aufgaben im Gebiet bereitstellt.

Fraglich ist, ob die notwendigen Maßnahmen zur Behebung der Baumängel allein aus Mitteln der Bauunterhaltung finanziert werden können. Mittel für die geplante Gesamtsanierung stehen nach wie vor nicht in Aussicht; derzeit gibt es lediglich eine Vormerkung für Investitionsmittel des Landes ab 2026. Eine Gebietsvertreterin erkundigt sich, ob schon einmal über Abriss / Neubau des Gebäudes nachgedacht wurde. Bei der Erstellung des Bedarfsprogramms in 2019 wurde auch diese Option geprüft, sie hat sich jedoch als unwirtschaftlich erwiesen.

Um die Dringlichkeit der Angelegenheit zu unterstreichen, hat das Amt für Soziales die F 1-3 direkt zum "Antrittsgespräch" des neuen Sozialstadtrats Herrn Nöll am 22.11.2021 thematisiert. Dieser hatte angekündigt, zunächst alle Möglichkeiten einer kleinteiligen / provisorischen Instandsetzung prüfen und eine Sperrung des Gebäudes dadurch unbedingt verhindern zu wollen.

Soz / zeitnah

#### Entwicklung des Stadtteilzentrums Mehringplatz / F 1

Krankheitsbedingt musste die Stiftung Unionhilfswerk Berlin den Termin kurzfristig absagen; die Information wird bei nächster Gelegenheit (Sanierungsbeirat am 26.01.2022) gerne nachgeholt. Eine Einladung zu aktuell in der F 1 anstehenden Terminen wird unabhängig davon per E-Mail an den Sanierungsbeirat versendet (siehe auch TOP 3 Aktuelles / Veranstaltungshinweise).

Unionhilfswerk/ 26.01.2022

# Beendigung der Kooperation des Platzgärtners am Mehringplatz

Das Bezirksamt hat die Kooperationsvereinbarung zur Finanzierung des Platzgärtners für den Mehringplatz nicht verlängert. Aufgrund der fehlenden Kostenbeteiligung

des Bezirks musste dem externen Dienstleister deshalb zum Jahresende 2021 gekündigt werden. Bisher wurde die Stelle anteilig von den Eigentümer\*innen (Gewobag, Howoge, AOK) und dem Bezirksamt finanziert. Der zuständige Fachbereich Straßen hat in 2022 jedoch keine Haushaltsmittel mehr dafür eingestellt und verweist stattdessen auf sechs neu geschaffene Stellen der "Parkranger / Kiezhauswarte", die sich um die öffentlichen Flächen im Bezirk kümmern sollen.

Die Betroffenen befürchten nun eine Verwahrlosung des Platzes, wenn ihm nicht mehr dieselbe Aufmerksamkeit zu Teil wird wie bisher. Der Platzgärtner sieht täglich nach dem Rechten, pflegt die Grün- und Freiflächen und hat vor allem aber auch eine soziale Funktion als Ansprechpartner für die Menschen vor Ort.

Ein Vor-Ort-Termin am 13.10.2021, Gespräche mit dem Fachbereich Straßen sowie Appelle an die Stadträte Herr Schmidt und Herr Mildner-Spindler blieben ergebnislos. Auch wurde eine Finanzierung aus Mitteln des Programms Sozialer Zusammenhalt überlegt, allerdings werden diese in der Regel nur für Anschubfinanzierungen und nicht für Regelleistungen gewährleistet.

Die Fachbereichsleitung Stadtplanung bedauert diese Sparmaßnahme im Bezirkshaushalt und empfiehlt der Gebietsvertretung, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, damit der Druck zur Lösungsfindung auf politischer Ebene erhöht wird (siehe auch TOP 3 Aktuelles / Nichtfortführung Moderation und Sanierungszeitung in 2022). Die GV bespricht sich dazu intern. Außerdem soll das Thema in der kommenden Sitzung des Sanierungsbeirats mit dem Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes diskutiert werden.

GV / zeitnah

#### Ankündigung Eröffnung Mehringplatz 2022

Die Baumaßnahme Mehringplatz wird nach aktuellem Bauablaufplan im Frühjahr 2022 abgeschlossen werden. Aus diesem Anlass soll die offizielle Eröffnung in ein Kiezfest eingebunden werden. Als Termin ist Samstag, der 14.05.2022 (Tag der Städtebauförderung) angedacht. Der Fachbereich Stadtplanung und seine Beauftragten sammeln dazu erste Ideen. Da es viele Engagierte vor Ort gibt, sollen Synergien geschaffen werden. So möchte zu Beispiel der Kunstwelten e. V. zu diesem Termin den "Pfad der Visionäre" (wieder)eröffnen. Die KMA kann sich vorstellen, eine Aktion im Vorfeld des Kinderkarnevals der Kulturen zu organisieren. Eine Gebietsvertreterin regt an, einen Straßenbasar zu veranstalten. Weitere Akteure wie die Gewobag und das QM haben bereits ihr Interesse an gemeinsamen Aktivitäten bekundet. Anregungen können jederzeit gerne bei Stadtkontor eingereicht werden; zu gegebener Zeit wird im Sanierungsbeirat wieder dazu berichtet werden.

FB Stapl, Stako, asum/ fortlaufend

#### GV-Beschluss F.-u.-M.-Mendelssohn-Platz

Die Gebietsvertretung hat am 20.10.2021 einen Beschluss zur "Schaffung eines belebten und genutzten Stadtplatzes für das Quartier auf dem Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz" gefasst und dazu um Rückmeldung gebeten.

Entsprechend Informationen der Städtebaulichen Kriminalprävention und des Staatsschutzes des Landeskriminalamtes (LKA) gibt es klare Vorgaben für jüdische Einrichtungen. Die am Platz vorhandene Außenbestuhlung entspricht nicht den Vorgaben des Staatsschutzes. Daher wurde nun ein Rückbau gefordert. Lediglich die Bäckerei Beumer & Lutum hat noch bis Oktober 2022 eine Sondernutzungserlaubnis für Freisitze. Neue Sondernutzungsgenehmigungen werden aus Gründen der Sicherheit und Gefahrenabwehr nicht mehr erteilt. Der Platz ist von Möblierung etc. freizuhalten. Dies betrifft auch die Friedrichstraße 15-17. Von Seiten LKA, Staatsschutz und Objektschutz wird dabei kein Ermessensspielraum gesehen. Der Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) plant, gemeinsam mit dem Jüdischen Museum ein Konzept für einen tragfähigen Kompromiss zu erarbeiten.

SGA / zu gg. Zeit

Die Gebietsvertretung fordert, dass Lösungen gefunden und der Bezirk zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen befähigt werden muss. Es wird auf das Konzeptverfahren zur Bebauung des F.-u.-M.-Mendelssohn-Platzes und die Ehrung mit dem Deutschen Städtebaupreis verwiesen. Dazu werden auch Gespräche mit dem Innensenator Berlins und der Bezirksbürgermeisterin geführt.

## <u>Verkehrsmaßnahmen / Unfallschwerpunkte im Sanierungsgebiet</u>

Entgegen der ursprünglichen Ankündigung wurde vom Straßen- und Grünflächenamt (SGA) bislang keine Übersicht zu geplanten Verkehrsmaßnahmen des Bezirks zusammengestellt / übermittelt. Der Amtsleiter hat jedoch seine Teilnahme für die kommende Sitzung des Sanierungsbeirats am 26.01.2022 zugesagt. Gleichzeitig wurde das SGA gebeten, zeitnah mit der Gebietsvertretung Kontakt aufzunehmen und das drängende Thema der Unfallschwerpunkte zu prüfen. Die GV hat dazu einen Beschluss vorbereitet, den sie konkretisieren und an das SGA übersenden wird.

SGA / 26.01.2022

> GV / zeitnah

# Infoveranstaltung Kurt-Schumacher-Grundschule / 2. Bauabschnitt

Am 16.11.2021 fand eine Infoveranstaltung zum Sanierungskonzept für den 2. Bauabschnitt (2. BA) der Kurt-Schumacher-Grundschule statt. Die Veranstaltung richtete sich vorrangig an Vertreter\*innen der Schule und der Elternschaft, aber auch weitere Interessierte. Das Architekturbüro D/FORM ist mit der Planung sowie Bauüberwachung des 2. BA beauftragt und hat mehrere Realisierungsvarianten geprüft. Die Vorzugsvariante des Bezirksamtes sieht eine der Bestandsfassade vorgesetzte Fassade aus Holzelementen vor. Weitere Informationen einschließlich der Präsentation zur Veranstaltung sind zu finden unter: <a href="http://www.sanierung-suedliche-fried-richstadt.de/aktuelle-projekte/aktuelle-projekte/">http://www.sanierung-suedliche-fried-richstadt.de/aktuelle-projekte/aktuelle-projekte/</a>.

#### Nichtfortführung Moderation und Sanierungszeitung in 2022

Ab dem 01.01.2022 gilt die vorläufige Haushaltswirtschaft für das Land Berlin und die ihm nachgeordneten Verwaltungen / Institutionen, so lange bis der neue Doppelhaushalt 2022/23 verabschiedet ist. Bereits jetzt ist der Bezirk deshalb verpflichtet, nur noch Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben und rechtlicher Verpflichtungen gemäß Artikel 89 der Verfassung von Berlin (VvB) zu tätigen. Von Verlängerungsoptionen für den im Herbst 2021 ausgelaufenen Vertrag mit dem Büro raumscript (Moderation Sanierungsbeirat) sowie dem zum Jahresende 2021 auslaufenden Vertrag mit dem H+H Pressebüro (Sanierungszeitung "Südseite") wurde kein Gebrauch gemacht. Somit stehen dem Sanierungsgebiet ab Januar 2022 keine Moderation und keine Sanierungszeitung zur Verfügung. Der Fachbereich Stadtplanung bedauert diese Entscheidung, ist jedoch den gesetzlichen Vorgaben unterworfen. Die GV berät intern, wie sie sich positionieren und auf den Missstand reagieren kann (siehe auch TOP 3 Aktuelles / Beendigung der Kooperation des Platzgärtners am Mehringplatz).

GV / zeitnah

#### Veranstaltungshinweise

**01.12.2021**, 16.00-19.00 Uhr, NachbarschaftsWerkstatt, Friedrichstraße 1 **16.12. 2021**, 16.00-19.00 Uhr, WinterBegegnung, Friedrichstraße 1

Unionhilfswerk

## Nächste Sanierungsbeiratssitzung

26.01.2022, 18:00 Uhr, Video-/ Telefonkonferenz

Themen: Friedrichstraße 1-3, Verkehrsmaßnahmen SFS, weitere nach Bedarf

FB Stapl, Stako

#### Stadtkontor GmbH

Editorische Notiz zur Schreibweise männlich/weiblich: Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnung verzichtet wurde. Selbstverständlich beziehen sich alle Texte in gleicher Weise auf Männer und Frauen.